

„Seid fruchtbar und mehret euch ...“ (1. Mose 9,7).
Protestanten in den Debatten über den „demographischen
Wandel“ in der Bundesrepublik Deutschland
zwischen 1949 und 1989

Marius Heidrich

1. Thema

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden veröffentlicht seit dem Jahr 2000 alle drei Jahre eine „koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“¹ für die Bundesrepublik Deutschland. Bereits die Einleitung der jüngsten Studie von 2015 deutet das gesamte Ausmaß der demographischen Problemsituation an. Bis 2020 soll die Zahl der Neugeborenen mit 700.000 pro Jahr stabil bleiben, danach müsse mit einer Abnahme der Geburtenzahl um 200.000 bis zum Jahr 2060 gerechnet werden. Mit dem Geburtenrückgang verkleinere sich auch die Zahl der „potentiellen Mütter“. Das aktuelle „Bestandserhaltungsniveau“ könne nur gehalten werden, wenn die ohnehin kleineren „Mädchenjahrgänge“ im Erwachsenenalter mindestens 2,1 Kinder im Durchschnitt bekämen². Anderenfalls steige der Druck auf die politischen und sozialen Strukturen, weil es immer weniger zu verteilen gäbe³.

1 Die 13. dieser Berechnungen für Deutschland wurde zwischen den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern koordiniert und enthält aufgrund abgestimmter Berechnungsverfahren vergleichbare Zahlen. Siehe dazu *Statistisches Bundesamt*: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2015 (www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2015/bevoelkerung/Pressebrochure_Bevoelk2060.pdf?__blob=publicationFile [zuletzt abgerufen am 9.2.2018]).

2 *Ebd.*, 5.

3 Vgl. *Bundeszentrale für politische Bildung*: Dossier Demografischer Wandel (www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/ [zuletzt abgerufen am 9.2.2018]). Dass die Bevölkerungsvorausberechnungen bereits kurz nach ihrem Erscheinen hinfällig waren, zeigen aktuellere Untersuchungen. Entgegen aller Erwartungen des Statistischen Bundesamtes prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft ein Anwachsen der deutschen Bevölkerung. Vgl. dazu: *Institut der deutschen Wirtschaft Köln*: Und wir wachsen doch. Neue IW-Bevölkerungsprognose. Pressemitteilung Nr. 29 vom 23.5.2016 (www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/284098/PM_2016-29_Bevoelkerungsprognose.pdf [zuletzt abgerufen am 5.2.2018]).

Ein Blick in die Vergangenheit legt die Kontinuität demographischer Debatten in Deutschland und Europa offen. Diskussionen über die Alterung der ‚deutschen‘ Gesellschaft und ihr Fortbestehen lassen sich über das gesamte 20. Jahrhundert nachweisen⁴. Mit dem Sprechen vom nahenden „Volkstod“ durch „Zeugungsstreiks“ und „Vergreisung“ verbindet sich, wie es sich sowohl im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus als auch nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten zeigt, ein unabhängig von Staatsformen durch verschiedene politische Systeme hinweg verlaufender Alterungsdiskurs⁵. Debatten über den „demographischen Wandel“ zeigten sich als fortwährende Problematisierung von gesellschaftlichen Veränderungen, gerade wenn diese normativen Wertvorstellungen ihrer jeweiligen Zeit zuwiderliefen. Das Sichtbarmachen demographischer Transformationen war immer verbunden mit der Frage nach ihren Ursachen und eingebettet in Krisennarrationen. Modernisierungsprozesse wie die Etablierung neuer Sexual- und Geschlechterverhältnisse, die außerhäusliche Erwerbstätigkeit von Frau und Mann oder die Bedeutungswandlungen der Ehe und Familie wurden als existenzielle Gefahr für den Staat und die Gesellschaft gedeutet. Zugleich boten die Krisendiskurse Überwindungsmöglichkeiten, um den als ‚chaotisch‘ empfundenen Zeiten Lösungen entgegensetzen⁶. Auch protestantische Stimmen meldeten sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum „demographischen Wandel“ der deutschen Gesellschaft als einer gesamtgesellschaftlich zu bewältigenden Herausforderung zu Wort. Sozialpolitische Ordnungsvorstellungen, ökonomische Nutzenerwägungen, persönliche Verwirklichungswünsche und religiöse Überzeugungen verbanden sich zu einem komplexen hegemonialen Bevölkerungsdiskurs.

4 Vgl. *Etzemüller*, Thomas: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2007, 7–12.

5 *Bryant*, Thomas: Von der „Vergreisung des Volkskörpers“ zum „demographischen Wandel der Gesellschaft“ – Geschichte und Gegenwart des deutschen Alterungsdiskurses im 20. Jahrhundert. In: Brunner, José (Hg.): Demographie – Demokratie – Geschichte. Deutschland und Israel. Göttingen 2007, 110–127.

6 Vgl. *Weipert*, Matthias: Nationaler Widerstand durch Bevölkerungspolitik – Demographiedebatten in der Weimarer Republik. In: Brunner, Demographie (wie Anm. 5), 128–144.

2. Leitfragen und Vorgehensweise

Demographische Debatten über die Verschiebung der Alterskohorten oder den „Kindermangel“ mit ihren vermeintlichen sozialpolitischen Folgen bringen grundsätzlich Vorstellungen darüber zum Ausdruck, wie eine Gesellschaft beschaffen ist und wie sie beschaffen sein sollte. Das schließt „quantitative“ genauso wie „qualitative“ Bewertungen ein. Damit betreffen derartige Diskussionen die individuelle Lebensführung existenziell, was wiederum zu einer brisanten Verbindung von gesellschaftlichen Normen und individuellem Verhalten führt⁷. Die Beteiligung von Protestanten an diesen gesamtgesellschaftlichen Debatten- und Aktionsräumen steht außer Frage. Vielmehr gilt es zu untersuchen, wie sie sich, geleitet durch ihre evangelischen Überzeugungen, an den ethischen Aushandlungen über Werte- und Normenorientierungen beteiligten. Das ist in zweifacher Hinsicht zu verstehen:

Zum einen stellt sich die Frage nach den Inhalten der Diskussionen über den „demographischen Wandel“ und die „alternde Gesellschaft“. Zentral scheinen dabei vor allem Verständnisse und Auslegungen der evangelischen Sozialethik. Um dies zu beantworten, richtet das Projekt den Blick auf drei sozialpolitische Debattenräume. Kirchliche Akademien und Kirchentage dienten als Foren des Austausches zwischen Kirche und Welt und boten Plattformen für die Präsentation und Diskussion neuer Ansätze⁸. Der Transfer protestantischer Sozialethiken in die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik soll zunächst anhand der Ministerialbürokratie gezeigt werden, die sozialpolitische Reformen in den eigenen Reihen und im Austausch mit Beiräten vorbereitete und umsetzte. Im Fokus steht das weite Feld der Politikberatung und administrationsinternen Entscheidungsbildung im Vorfeld legislativer Prozesse. Die Konzentration auf sozioökonomische Debatten über die Anpassung des Sozialstaates an demographische Transformationen wäre jedoch eine eindimensionale Darstellung der Bevölkerungsdiskurse, die mitunter weit entfernt von

7 Heitzmann, Daniela: Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis. Bielefeld 2017, 62–69.

8 Vgl. Mittmann, Thomas: Kirchliche Akademien in der Bundesrepublik. Gesellschaftliche, politische und religiöse Selbstverortungen. Göttingen 2011, 7–12.

sozialpolitischen und wirtschaftlichen Inhalten geführt wurden. Es ist deswegen ebenso essenziell, den Verlauf der sexualethischen Diskussionen nachzuzeichnen, mit ihren veränderbaren Leitvorstellungen zu Familie, Verhütung und Geschlecht, die substanziell für das Verständnis von Bevölkerung und Gesellschaft waren. Ethische Debatten über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Beruf, über Familie und Kirche, die sexuelle Revolution, die Geburtenregelung oder Integration von Migranten, müssen sich nicht zwangsläufig in Gesetzesreformen niederschlagen, können jedoch gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse vorangetrieben haben.

Zum anderen stellt sich die Frage, welche Kommunikationswege Protestanten sowohl in den inner- als auch außerparlamentarischen Arenen der Entscheidungsbildung nutzten, um die bevölkerungspolitischen sowie -ethischen Räume mitgestalten zu können. Akteure, die am Prozess der Verwissenschaftlichung der Krisendebatten beteiligt waren, schufen neue Kommunikationsregeln. Mehrheitlich von Theologen und Laien besetzte Beiräte und Gremien, wie beispielsweise der Beirat des Bundesministeriums für Familienfragen, sollten für fachkundige Wissenschaftler geöffnet werden⁹. Gleichzeitig gab es Bestrebungen der evangelischen Kirche, sich schneller durch offizielle Stellungnahmen an tagesaktuellen Geschehnissen beteiligen zu können. Die langwierige Erarbeitung von Denkschriften, wie sie seit den 1950er und 60er Jahren üblich gewesen war, wurde Ende der 1970er Jahre um impulsartige Stellungnahmen in Form von kurzen Kommentaren ergänzt¹⁰.

9 Vgl. das Schreiben von Hansjürg Ranke an Claus von Bismarck. Personelle Änderung des Beirates des Bundesministeriums für Familienfragen zu einem wissenschaftlichen Beirat vom 22.3.1958 (EZA Berlin 87, Nr. 83).

10 Beispielsweise veröffentlichte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 14.3.1978 einen dreiseitigen Kommentar mit dem Titel „Bevölkerungspolitik und Rentenlast“, in dem der Geburtenrückgang thematisiert wurde, um mahnend zu einer Neubesinnung über die menschliche Selbstverwirklichung aufzurufen. Vgl. dazu den Auszug aus der Niederschrift über die 55. Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 25. bis 26.2.1977. Vorstellung einer neuen Arbeitsform der Kammer für soziale Ordnung (EZA Berlin 2, Nr. 8813).

3. Protestantische Vielstimmigkeit

Das Spektrum der beteiligten evangelischen Akteure und Akteursgruppen umfasst eine Vielzahl von Einflussbereichen: Sich dezidiert evangelisch verstehende Bevölkerungswissenschaftler waren maßgeblich an der Planung und Verwirklichung bevölkerungswissenschaftlicher Institute in der Bundesrepublik beteiligt und machten demographische Veränderung durch Statistiken sichtbar. Familienpolitiker versuchten, über Reformen des Familienlastenausgleiches oder des Kindergeldgesetzes demographische Veränderungen zu steuern. Protestanten in Migrations- und Integrationsdebatten diskutierten „Zuwanderung“ als immanenten Bestandteil demographischer Auffassungen und reflektierten die Ordnungsbegriffe „Raum“ und „Bevölkerung“. Aktivisten der Neuen Sozialen Bewegungen entwickelten Ideen, die der Mutterschaft als alleinige Sinnerfüllung der Frau absagten. Sie beeinflussten damit erheblich die demographischen Leitvorstellungen.

Unterschiedliche Perspektiven auf das heterogene Feld der „alternden Gesellschaft“, u. a. auf den Bereich der Fertilitätsentwicklungen, bedingen unterschiedliche Deutungen und Bewertungen, nicht zuletzt auch in Abhängigkeit zu den Lebenswirklichkeiten und theologischen Prägungen der jeweiligen Akteure. Die Diversität und Komplexität der dargelegten Problemstellungen kann nur multiperspektivisch erfassbar werden. Unterschiedliche Betroffenheiten und Befindlichkeiten, beispielsweise hinsichtlich der Elternschaft, der Geburtenregelung oder der Geschlechterverhältnisse können unmittelbar die Einstellungen zu demographischen Grundthemen beeinflussen und somit unterschiedliche Argumentationsmuster generieren. Somit ergibt es Sinn, die Studie in vier Untersuchungsfelder zu gliedern, um nicht nur die Vielfalt der beteiligten evangelischen Akteure, sondern auch das Thema Demographie und Protestantismus in seiner Komplexität erfassbar zu machen. Die Themenbereiche *Bevölkerungswissenschaften* und *Familien- und Rentenpolitik* bilden die Grundlagen bevölkerungspolitischer Interventionen¹¹, in denen Verständnisse über Geltung und Ausmaß sozialstaatlicher Regulierungsinstrumentarien und protestantischer Einflussmöglichkeiten gleichermaßen zum

11 Vgl. Kuller, Christiane: Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1949–1975. München 2004, 5–10.

Ausdruck kommen. Erschließbar werden diese Themen über Protokolle der Beiräte zuständiger Bundesministerien und Enquete-Kommissionen sowie über Korrespondenzen zwischen wissenschaftlichen, politischen und kirchlichen Autoritäten unter Berücksichtigung von Egodokumenten, die unter anderem Aufschluss über familienethische Selbstverständnisse geben können. In den Themenkomplexen *Migration* und *Emanzipation* werden weitere Perspektiven auf die demographischen Debattenräume sichtbar, insbesondere bei der Konzentration auf die ethischen Diskussionen über die Integration von ‚ausländischen‘ Kindern als mögliche Lösung des ‚Kinder Mangels‘ oder über die Selbstverwirklichung von Frauen als vermeintliche Ursache des Geburtenrückgangs. Diese brisanten Aushandlungen über individuelle Entfaltung und gesellschaftliche Verantwortung lassen sich durch kirchennahe Publikationsorgane, wie etwa der evangelische Artikeldienst „korrespondenz die frau“, oder anhand von Korrespondenzen evangelischer Fürsorge- und Pflegeeinrichtungen für Kinder mit Migrationshintergrund nachzeichnen.

Die 1970er und 80er Jahre eignen sich im Besonderen, um die vielfältigen strukturellen und argumentativen Wandlungsprozesse in der Gesellschaft und der evangelischen Kirche nachzuverfolgen. In den beiden letzten Jahrzehnten der Bonner Republik zeichneten sich Tendenzen ab, die sukzessiv die tradierten Bevölkerungsdiskurse des 20. Jahrhunderts modifizierten¹². Die Bedeutung von Kindern scheint sich dahingehend geändert zu haben, dass diese sich nicht mehr allein als Objekte bevölkerungsregulierender Maßnahmen fixieren ließen. Der globale Bevölkerungsanstieg stellte den europäischen Wachstums- und Fortschrittsglauben infrage und ließ regionale sowie nationale Probleme in den Hintergrund treten¹³. In den Kontroversen über die demographischen Herausforderungen der alten Bundesrepublik deutete sich ein diskursives Austarieren von zwei zentralen protestantischen Topoi an: Die ‚Bedrohung der Ordnung‘, ausgelöst durch Umbrüche sozialstaatlicher und familiärer Strukturen, versus die ‚Bewahrung der Schöpfung‘ als Moment emanzipatorischer Befreiung.

12 Vgl. *Hummel*, Diana: Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht. Wiesbaden 2000, 308–314.

13 Vgl. *Ehrlich*, Paul R.: Die Bevölkerungsbombe. Frankfurt a. M. 1973, 15–47.